

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: C. Dannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
sten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

N^o 117.

44. Jahrgang.
Dienstag, den 5. Oktober

1897.

Auf dem die Firma **Friedrich Seidel** in **Eibenstock** betreffenden Folium
155 des Handelsregisters für den Stadtbezirk des unterzeichneten Amtsgerichts ist
heute eingetragen worden, daß der Kaufmann Herr

Carl Paul Pestel

in Eibenstock Mitinhaber der Firma ist und daß die durch den Eintritt des genannten
Herrn Pestel in das Handelsgeschäft begründete offene Handelsgesellschaft, die die
ursprüngliche Firma beibehält, am 1. August 1897 begonnen und ihren Sitz in
Eibenstock hat.

Königliches Amtsgericht Eibenstock,

am 29. September 1897.

Chrig.

Dg.

Am 30. September 1897 ist der zweite Termin der **Staats Einkommen-**
steuer fällig gewesen.

Es wird dies mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß nach Ablauf der
nachgelassenen Zahlungsfrist gegen die etwaigen Restanten das Zwangsvollstreckungs-
verfahren eingeleitet werden wird.

Die Ortssteuer-Einnahme zu Schönheide.

Die spanische Ministerkrise.

Gleich nach Rückkehr des Hofes aus der Sommerfrische
ist die schon lange drohende Ministerkrise zum Ausbruch ge-
kommen. Es ist eine Thatsache, daß der ermordete Canovas
del Castillo Kopf und Rückgrat der in Spanien stark in
Fraktionen zerfallenen konservativen Partei war und daß die
von ihm bei seinen Lebzeiten mit künstlichen Mitteln auf-
rechterhaltene Einigkeit dieser Fraktionen sehr bald in die
Brüche gehen mußte. Die konservative Partei hat eben seinen
zweiten Canovas.

Wie früher in England sich lange Zeit Disraeli und
Gladstone zeitweise in der Herrschaft ablösten, so in Spanien
Canovas del Castillo und Sagasta. Und auch jetzt hat die
Königin-Regentin wiederum Sagasta als Retter in der Noth
berufen.

Spanien hat keine politischen Generale. Zu den liberalen
zählen von den bekannteren Martinez Campos und Polavieja,
welch letzterer den Aufstand auf den Philippinen niederge-
schlagen, von den Konservativen aber eifersüchtigerweise vorzeitig
abberufen wurde. Zu den konservativen Generalen zählen
Weyler und natürlich der jetzige Ministerpräsident Arzarragas.

Die Erbschaft des Letzteren, die Sagasta antreten soll,
ist äußerst bedenklich. Mit der „Konkursmasse“ ist es sehr
dünn bestellt.

Abgesehen von der drohenden Haltung der Ver. Staaten
von Nord-Amerika ist die Lage auf Cuba sowohl in wirt-
schaftlicher wie in militärischer Hinsicht eine geradezu ver-
zweifelte. Während man in offiziellen spanischen Kreisen schon
im November 1896 die Aufständigen in einigen Wochen zu
Paaren zu treiben hoffte und unzählige Male das Ende des
Aufstandes als unmittelbar bevorstehend bezeichnete, wird
derselbe noch heute mit ungeschwächten Kräften fortgeführt. Dazu
kommt die Unzufriedenheit im spanischen Lager selbst. Briefe
aus Cuba belagen, daß die Beamten vor drei Monaten ihr
Gehalt für Januar wenigstens noch in Banknoten, die freilich
nur für die Hälfte ihres Wertes zu begeben waren, erhielten,
daß aber das Gehalt für Februar noch immer nicht ausge-
zahlt sei, so daß viele sich ohne Mittel befänden, da ihnen
Niemand mehr etwas vorstrecken oder ihre Ansprüche auf-
kaufen wolle. Manche kehrten daher nach Spanien zurück.
Bis Juni beliefen sich die rückständigen Zahlungen der Staats-
kasse auf 45 Millionen Pesos. Dazu kämen doch noch die
Verpflichtungen für Juli und August, so daß man in Havanna
einen finanziellen Krach befürchte. Auch die Militärlasten
begannen sich zu heben, wie der Umstand beweist, daß auch
die Offiziere, die bis vor Kurzem ihr Gehalt noch in baar
erhielten, nicht mehr regelmäßig bezahlt würden. Mit dem
Soll für die Mannschaften ist man bekanntlich sieben bis
acht Monate im Rückstand. Unwilliges Aufsehen erregen die
Einschiffungen von todkranken Soldaten in Havanna, die in
Spanien fast als Leichen eintreffen, wenn sie überhaupt das
heimatliche Gestade noch erreichen. Bei dem letzten Trans-
port sind nicht weniger als 63 unterwegs gestorben.

Natürlich mußte, veranlaßt durch die Unsummen ver-
schlingenden Kämpfe auf Cuba und den Philippinen, die
Steuerkränze ungewöhnlich stark angezogen werden. Es
wurden drückende Monopole eingeführt und das gleichzeitige
Steigen der Wechselkurse hatte eine Steigerung der Preise
für Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Folge, so daß jetzt
in Spanien allgemeine Theuerung herrscht. Der jetzt abge-
tretene Finanz-Minister war auf den seit Jahren Gedanken
gekommen, durch Prägung minderwertiger Silbermünzen Ab-
hilfe schaffen zu können. Er hat noch dieser Tage trotz des
hohen Wechselkurses 150,000 Kilogramm Silber gekauft, die
etwa 19 Millionen Pesos kosten, woraus dann 33 Millionen
geprägt werden. Der Unterschied von 14 Millionen wird
unter der Rubrik „Außerordentliche Einnahmen des Schatzes“

verbucht. Nachher heißt es in den amtlichen Berichten, daß
die Staatseinnahmen in stetiger Steigerung begriffen seien.
Man wirft dem Minister übrigens auch vor, daß bei diesem
Silberkauf nicht alle gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten
erfüllt worden seien. All das liefert den mit der gegen-
wärtigen Ordnung der Dinge unzufriedenen Elementen immer
neuen Stoff, und von rechts und links, von karlistischer und
republikanischer Seite geht man zu offenen Drohungen über. Neben-
bei darf auch die anarchische Gefahr nicht aus dem Auge
gelassen werden. Die Lage ist also denkbar schwierig und
verwirrt und gehört Sagastas ganzer Patriotismus dazu,
um jetzt das Staatsruder zu ergreifen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ein charakteristisches Zeichen der
nervösen Spannung, welche über unser öffentliches Leben ge-
kommen ist, kann man in den so außergewöhnlich früh un-
ternommenen Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen
erblicken. Die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reich-
tags dauert bis zum 15. Juni 1898. Es ist aber keineswegs
gelagt, daß alsdann sofort die Neuwahlen vorzunehmen sein
würden. Die Reichsverfassung bestimmt zwar, daß die Legis-
laturperiode des Reichstags fünf Jahre dauert, über den Zeit-
punkt aber, wann nach Ablauf dieser fünfjährigen Periode die
Wahl eines neuen Reichstags vorzunehmen sei, enthält sie
nichts; nur für den Fall der Auflösung des Reichstags vor
dem normalen Ablauf der Legislaturperiode schreibt sie vor,
daß die Neuwahlen innerhalb eines Zeitraumes von 60 Tagen
nach der Auflösung vorgenommen werden müssen. Die Ver-
fassung enthält auch nirgends eine Anbeutung, aus der ge-
schlossen werden könnte, daß stets ein Reichstag vorhanden
sein müsse; sie verlangt nur, daß jedes Reichstag alljährlich
berufen wird. Daraus erhellt, daß verfassungsmäßig nichts
im Wege stünde, wenn die Regierung sich entschlösse, die
demnächstigen Reichstagswahlen auf einen weit hinter dem
15. Juni liegenden Termin anzuberäumen, wenn sie nur so
rechtzeitig erfolgen, daß der Reichstag noch im Jahre 1898
berufen werden kann. Wie kommt es nun, daß trotz dieser
Wahrscheinlichkeit die Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen
schon jetzt auf der ganzen Linie, da und dort sogar schon mit
einer gewissen Fieberhaftigkeit, betrieben werden? Die Partei-
führer wissen doch gut genug, wie unzweckmäßig es ist, das
Pulver zu früh zu verschleßen. Sie müssen also wohl ziem-
lich fest mit der Eventualität einer vorzeitigen Auflösung des
Reichstages rechnen. Wie die Dinge liegen, wäre eine solche
lediglich wegen der Marinefrage denkbar. Nun ist aber das
Merkwürdige, daß der Plan des Admirals Tirpitz authentisch
noch gar nicht bekannt ist, daß jedoch nach Allem, was man
über denselben hört, die Hoffnung auf eine Verständigung
über ihn sogar mit der Majorität vom 20. März d. J. an
sich keineswegs ausgeschlossen erscheinen dürfte. Wie kommt
da das Blatt des Herrn Richter dazu, tagtäglich unter gleich-
zeitiger Berufung auf das Zentrum zu versichern, daß es
über die Marinefrage zum Konflikt kommen müsse? Es giebt
dafür nur die eine Erklärung, daß der Freisinn und vielfach
auch das Zentrum diesen Konflikt wünscht. Ist das der Fall,
so hoffen wir, daß die Regierung dem ihr aufgezwungenen
Kampfe nicht aus dem Wege gehen wird. Es ist aber gut,
schon jetzt festzustellen, wer diesen Kampf mit unerkennbarer
Frevoltheit heraufbeschwört.

— Berlin. Die „National-Zig.“ schreibt: Der Pa-
riser „Figaro“ veröffentlicht in der heute eingetroffenen
Nummer unter dem Titel: „Cuba, eine europäische
Frage“ einen Artikel, in dem versichert wird, daß Deutsch-
land aufmerksam das Verhalten der Vereinigten Staaten
von Amerika in Bezug auf Spanien überwache und in sehr

Vom unterzeichneten Amtsgerichte sollen die beiden hier bevormundeten **Kinder**
eines verstorbenen Kaufmanns, ein Knabe im Alter von 10 und ein Mädchen im
Alter von 8 Jahren, gegen Vergütung in einer Familie in Eibenstock zur **Erziehung**
untergebracht werden.

Personen, die geneigt sind, die Kinder aufzunehmen, und die die Gewähr für
eine sorgfältige und gedeihliche Erziehung der unterzubringenden Kinder bieten, wollen
sich umgehend schriftlich hier melden.

Eibenstock, den 30. September 1897.

Königliches Amtsgericht.

Chrig.

D.

Jahrmarkt

(nur Krammarkt)

am 1. und 2. November 1897

in Eibenstock.

ernster Weise die Eventualität und die wahrscheinlichen Fol-
gen eines Konfliktes zwischen Spanien und Amerikanern prüfe.
„Die Information,“ heißt es in dem Pariser Blatte weiter,
„die uns aus einer privaten, aber sehr sicheren Quelle zuge-
gangen war, wird durch eine Wiener Depesche bestätigt, in
der ausdrücklich festgestellt wird, daß der Deutsche Kaiser und
der Kaiser von Oesterreich bei ihrer jüngsten Zusammenkunft
in Pest über diese Frage sich unterhalten und förmlich be-
schlossen haben, den Vereinigten Staaten nicht zu gestatten,
daß sie die Spanier mit Gewalt aus Cuba vertreiben.“ Der
„Figaro“ spricht dann von einer Entschliebung, die Deutsch-
land und Oesterreich gemeinsam gefaßt haben sollen, einer
Entschliebung, deren „beinahe unwiderruflicher Charakter“
dem Blatte durch neue persönliche Informationen bezeugt
wäre. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, ist eine
solche Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-
Ungarn nicht getroffen worden.“ — Hierzu bemerken die
„Berl. N. Nachr.“: Soviel wir uns erinnern, war zuerst
in den Pesther und Wiener Blättern, und zwar noch während
der Anwesenheit des Deutschen Kaisers in Pest, behauptet
worden, daß Kaiser Franz Josef mit seinem erlauchten Gast
einen Meinungsaustausch über diesen Gegenstand gehabt habe.
Es läßt sich sehr wohl denken, daß dabei eine mündliche Zu-
stimmung und Zusicherung zu erkennen gegeben worden ist,
ohne daß die letztere in die Form einer amtlichen „Verein-
barung“ gekleidet worden wäre. Wir haben uns bereits dahin
ausgesprochen, daß wir es bedauern würden, wenn Deutsch-
land durch eine Initiative gegen Amerika in dieser Frage die
Zahl der ohnehin für unsere Interessen vorhandenen Reibungs-
flächen vergrößern würde.

— München. In der vom Ministerium des Innern
herausgegebenen Denkschrift über die Maßnahmen zum Schutze
der bayerischen Landwirtschaft wird hervorgehoben, daß
die Getreidepreise die Erzeugungskosten vielfach nicht mehr
decken. Die Staatsregierung hat sich darauf beschränkt, gün-
stigere Abgabeverhältnisse zu schaffen. Sie hat deshalb die
Errichtung genossenschaftlicher Lagerhäuser empfohlen u. unter-
stützt. 12 Lagerhäuser sind schon errichtet worden; die Er-
richtung einer großen Anzahl neuer steht bevor. Die Militär-
verwaltung hat in den letzten Jahren nahezu die Hälfte ihres
Bedarfs an Getreide, Stroh und Heu durch unmittelbaren
Ankauf bei den Landwirthen gedeckt.

— Darmstadt. Das Jagarpaar ist am 2. d. zu
längerem Familienbesuch hierher eingetroffen.

— Auf dem Arbeiterschutzes-Kongress in Brüssel hat
sich Herr v. Berlepsch über die Arbeiterschutzes-Gesetzgebung
in Deutschland seit 1890 bekanntlich dahin ausgesprochen, daß
mindestens ebenso wichtig wie die Gesetzgebung selbst die Ausfüh-
rungsbestimmungen dazu seien, denn das beste Gesetz könne
durch die Ausführungsbestimmungen wirkungslos gemacht
werden. Man müsse daher bei der Beurteilung des Standes,
den ein Staat in der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung einnimmt,
die Ausführungsbestimmungen sehr wohl beachten. Die Arbeit-
schutzes-Gesetzgebung habe in Deutschland sehr günstige Erfolge
gezeitigt. Es gebe einen prinzipiellen Widerstand gegen den
Arbeiterschutzes da nicht mehr, nur über seine Ausdehnung
streite man. Die Arbeiter billigten das bereits Durchgeführte,
die Arbeitgeber theilweise auch, nur wünschten diese, in ihrer
Konkurrenzfähigkeit nicht geschädigt zu werden, was ja auch
immer im Auge zu behalten sei. Wenn er heute Minister
wäre, würde er ein neues Gesetz noch nicht einbringen, weil
das alte noch einiger Zeit bedürfe, um sich vollständig ein-
zuleben. Aber in ein paar Jahren wäre der Frage der
Weiterbildung des Arbeiterschutzes näher zu treten, und da
seinen vor Allem zwei Punkte hervorbringend: Man werde
zunächst den Begriff des jugendlichen Arbeiters bis auf das
18. Lebensjahr ausdehnen müssen und dementsprechend die
Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter alle Alters-